Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1906)
Heft: 17-18

Artikel: Graf Gurowsky und das neue Friedensmuseum
Autor: Bächtold, H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-802563

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Menge von Arbeitskräften ist notwendig, jedenfalls alle verfügbaren Kräfte der bisherigen Friedensfreunde und Führer der Friedensbewegung.

Es wäre in erster Linie ein Exekutivkomitee zu wählen, aus Friedensfreunden, den verschiedenen politischen und religiösen Parteien entnommen.

Dieses Exekutivkomitee nimmt seinen beständigen Besitz ein, vielleicht in Bern, oder versammelt sich monatlich während der notwendigen Anzahl Arbeitstage.

Dessen Aufgabe ist es, für jeden Staat ein Landeskomitee zu wählen. Dieses hat alsdann die Abhaltung von Vorträgen, Massenversammlungen, Volkskollekten usw. in den verschiedenen Städten und Orten seines Landes zu organisieren und zu leiten. Es muss für die Wanderredner sorgen, dem Eingang des Unterschriftsbogens obliegen und für dessen Ablieferung an das Exekutivkomitee sorgen. Das jeweilige Landesorganisationskomitee bestellt für die verschiedenen grösseren Städte jeweilig ein Stadtkomitee, welches die Propaganda-Arbeiten seines Distriktes statt dem Landeskomitee zu übernehmen und auszuführen hat.

Die Stadtkomitees bilden mit den Landkomitees die Bundesversammlung, welche in Konnexion mit dem Exekutivkomitee steht. Diese Bundesversammlung findet statt, so wie die notwendige Anzahl der Unterschriften beieinander ist und hat alsdann die weiteren Schritte zu beraten.

Die Agitation soll überall zur gleichen Zeit beginnen und sich über Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Oesterreich-Ungarn, Holland, Frankreich, die Schweiz etc. erstrecken.

In denjenigen Staaten, wo die Aufklärungsarbeiten noch nicht weit gediehen sind, wie in den Balkanstaaten, soll die Propaganda deshalb neu und mit besonderer Energie gefördert werden. Die Macht der Bewegung wird auch diese Staaten mitreissen, und was Russland betrifft, so dürfte der „Friedenszar" die Bewegung unterstützen, wenn es ihm mit seiner Friedensidee wirklich einmal ernst war. Das russische Volk wird wie ein Mann zu uns stehen. Die Bewegung innerhalb unserer Staaten wird sich so machtvoll gestalten, dass sie auch in die übrigen Länder hinübergreift.

Sollte die nötige Unterschriftenzahl zunächst nicht zustande kommen, so haben wir wenigstens ein Aufklärungswerk für die Friedensidee geschaffen, wie es schöner nicht gedacht werden kann, wir haben erreicht, dass Völkerfriedensliteratur in jedem Hause zu finden ist, dass jedermann sich einmal mit der Frage befassen musste, alle religiösen und politischen Körperschaften werden die Friedensfragen in ihrer Mitte einmal grundsätzlich zur Sprache gebracht haben — der Samen wird bestimmt aufgehen.

Ausserdem haben wir der Jugend für eine Idee vorgearbeitet, die sie dann zur Ausführung bringen kann.

Wir müssen uns vom Joche des Militarismus befreien, das Damoklesschwert des Krieges, das stets über uns hängt, muss vergraben werden.

Die Vorbereitungsarbeiten, dieses Joch einmal abzuschütteln, sind durch die bisherige Arbeit der Pazifisten getan, die Bewegung kann nunmehr nur vorwärts gehen, wenn die Völker selbst sie stossen.

Männer und Frauen von Mut und Kraft sind genügend vorhanden, um sich selbstlos der Verwirklichung dieser Sache zu opfern. Wir brauchen zu diesem Werk einen grossen Apparat, und in jedem Lande werden sich die Männer und Frauen finden, welche helfen, es zu realisieren, und die Jugend und alle Schülerschaften aller Nationen werden diesem Befreiungswerk mit grosser Begeisterung zujubeln.

Jetzt ist der Moment gekommen, wo die Völker unter kluger Führung einzutreten haben, jetzt erst beginnt die grosse Arbeit für sie, jetzt heisst es, mit dem Proletariat aller Völker gemeinsam vorzugehen, um uns von dem Joche zu befreien, das als eine Schmach und Schande lastet auf dem 20. Jahrhundert und die Menschheit hindert in ihrem Kulturfortschritte, vom Joche des völkermordenden Krieges.

——o——

Graf Gurowsky und das neue Friedensmuseum.

Als am 23. September 1905, also gerade vor einem Jahre, an der letzten Sitzung des XIV. Internationalen Friedenskongresses Graf Gurowsky de Wczele die hochherzige Schenkung zum Baue eines neuen Kriegs- und Friedensmuseums machte, brach im Luzerner Kursaal ein mächtiger Freudensturm los, und alle Anwesenden schoben und drückten sich, um den Grafen zu sehen und ihm dafür zu danken. Am selben Abend wurde er noch von einer nach 2000 Köpfe zählenden Menge gefeiert; gerührt nahm er diese Ovation an, und weiterhin feierten ihn nicht nur die Organe der verschiedenen Friedensgesellschaften, sondern auch andere Zeitungen der verschiedensten Richtungen. Und wenn man vom XIV. Weltfriedenskongresse oder vom Friedenskongresse sprach, sprach man auch von Graf Gurowsky und seiner Stiftung.

Eine Abkühlung schlimmeren Grades erfuhr man aber, als man in den Zeitungen vor einiger Zeit las, wie sich Graf Gurowsky im neuen Jahre „umbesonnen" hatte. Dieser Abkühlung in der Verehrung seiner Persönlichkeit und seines praktischen Idealismus muss es der Graf eben zuschreiben, wenn sich manch junger, feuriger Friedensfreund ein wenig allzu natürlich über seine Umwandlung ausgedrückt hat, wie ich es auch getan habe — und noch tue.

Man kann allerdings einwenden, solange man den Sachverhalt nicht ganz genau kenne, könne man nicht urteilen. Weil er aber durch den nachfolgend abgedruckten Brief des Luzerner Stadtrates an Gurowsky klar dargelegt wird, bleibt eben nur noch der Fall übrig, dass man sich sagen muss, man kenne eben den Sachverhalt bei Gurowsky — um mich euphemistisch auszudrücken — nicht genau.

Aus dem nachfolgenden, schon erwähnten Brief des Luzerner Stadtrates ersieht man, dass und in welcher Weise Hr. Gurowsky seine Verpflichtungen eingegangen ist. Dagegen sieht man nicht und weiss hier überhaupt niemand, wie Hr. Gurowsky zu dem Glauben kommt, dass er über ein in rechtlich verbindlicher Form gegebenes Wort sich einfach hinwegsetzen dürfe. Eventuell werden ihn hierüber die Gerichte eines Bessern zu belehren haben.

Schenkungs- und Stiftungsversprechen gerichtlich einklagen zu müssen, ist allerdings etwas Peinliches. Doch muss hier bedacht werden, dass es sich bei der Frage der Fortdauer des Museums zu einem wesentlichen Teile um ideelle Interessen handelt, deren legitime Vertreter die Behörden sind und dass Rechte geltend gemacht werden, die durch einen hierauf gerichteten Akt begründet wurden.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Bei uns wird man die Sache weniger leicht nehmen. Der Brief des Stadtrates zeigt unter Anführung der Belege, dass auf unserer Seite nichts versäumt wurde, um die Stiftung zu sichern und dass kein Glied fehlt in der Kette der Verpflichtungen. Es sind ja auch Stimmen laut geworden, die meinten,

es sei eher zu viel als zu wenig geschehen, und man hätte an der öffentlichen „Löwengarten"-Versammlung den „Donator" besser nicht gefeiert. Die Kritiker vergessen, dass niemand den Wortbruch voraussetzen darf. Hr. Gurowsky war von Männern umgeben, die als Besucher des Friedenskongresses ihn und seine Verhältnisse persönlich kannten, deren Namen eine internationale Autorität besitzen und die heute der peinliche Verlauf dieser Angelegenheit am meisten kränken wird. Die Versammlung war nicht des Hrn. Gurowsky wegen einberufen worden. Nachdem er aber da war, hätte es als unverzeihliche Unterlassung erscheinen müssen, wenn von dem Ereignis des Tages nicht Notiz genommen worden wäre.

Wir verweisen im übrigen auf den Brief des Stadtrates.

Herr Graf!

Nachdem der entscheidende Termin, an den wir Sie durch unser Schreiben vom 20. April erinnerten, vorübergegangen ist, ohne dass von Ihnen ein Schritt zur Hebung der hängigen Differenzen getan worden wäre, sehen wir uns zu unserm grossen Bedauern zu der Annahme gezwungen, dass Ihnen an einer friedlichen, beidseitig annehmbaren Schlichtung der Angelegenheit nicht gelegen ist und dass Sie uns auf den Weg der rechtlichen Auseinandersetzung zu verweisen entschlossen sind.

Bevor wir von dieser ultima ratio Gebrauch machen, möchten wir nicht unterlassen, Ihnen in aller Kürze die tatsächlichen Momente vor Augen zu führen, welche zur heutigen Situation geführt haben:

Am 23. September 1905, an der letzten Plenarsitzung des XIV. Internationalen Friedenskongresses, machen Sie im Anschluss an die Mitteilungen des Hrn. Houzeau de Lehaie über die Verhältnisse des Internationalen Kriegs- und Friedensmuseums das feierliche Versprechen, die zur Erhaltung dieses Institutes nötigen Mittel zu liefern, die indessen nicht mehr als Fr. 600,000 betragen sollen.

Am Abend desselben Tages nehmen Sie in einer Versammlung von 2000 Personen dafür eine begeisterte Dankesovation der Bevölkerung von Luzern entgegen.

Am 24. September unterzeichnen Sie den von Hrn. Emile Arnaud verfassten Stiftungsvertrag.

Am 25. September erscheinen Sie auf dem Bureau des Stadtpräsidenten und erklären ihm, dass Sie die Wirzsche Liegenschaft als Baugrund für das neue Museum für geeignet erachten und dass Sie dieselbe zu erwerben wünschen, sofern die Hennebergsche Liegenschaft (Panorama) nicht erhältlich sein sollte und sofern der Stadtrat dazu Hand bieten würde. Nachdem die Hennebergsche Liegenschaft als zu teuer von Ihnen abgelehnt worden, schreibt Ihnen der Stadtrat am 30. September, dass er Ihnen die Wirzsche Liegenschaft zu gedachtem Zwecke abzutreten bereit wäre. In Berücksichtigung des Interesses, das die Stadt an der Erhaltung des Museums hat, setzt er den eventuellen Kaufpreis auf Fr. 200,000 fest. Er fügt bei, dass er den Wert des Platzes auf Fr. 300,000 schätze und dass in nächster Nähe ein weit höherer Preis gefordert wird.

Am 2. Oktober präsentieren Sie sich neuerdings auf dem Bureau des Stadtpräsidenten und erklären, dass Sie die Liegenschaft zu dem genannten Preise zu kaufen entschlossen seien und beförderliche Ausfertigung des Kaufvertrages wünschen.

Am 11. Dezember unterzeichnen Sie den Kaufvertrag, nachdem er vom Stadtrat am 5. Dezember unterzeichnet worden war.

Am 27. Dezember wird der Kaufvertrag vom Grossen Stadtrate ratifiziert.

Am 17. Januar 1906 schicken Sie durch Hrn. Notar Arnaud eine Vollmacht zur Eintragung des Kaufes ins Hypothekarprotokoll, sowie Ihren vertragsgemässen Beitrag an die Fertigungsgebühren im Betrage von Fr. 1000.

Am 19. Januar findet die Eintragung ins Hypothekarprotokoll statt.

Am 22. Januar teilt Hr. Dr. Zimmerli dem Stadtpräsidenten mit, dass Sie den Kauf um die Wirzsche Liegenschaft rückgängig zu machen und die Liegenschaft „Trottliried" (Besitzer: Familie von Sonnenberg) für den Bau des Museums zu erwerben wünschen. Diese Liegenschaft sei Ihnen zu Fr. 10 der Quadratmeter angeboten.

(Am 30. Januar schreibt Ihnen Hr. Dr. V. Fischer, namens der Familie von Sonnenberg, dass diese noch von keiner Seite angefragt worden sei, ob sie das Terrain „Trottliried" für das Friedensmuseum zu veräussern geneigt wäre. Er lässt Sie wissen, dass das genannte Terrain aber tatsächlich verkäuflich sei und dass Sie die nötigen Schritte bald tun müssten, falls Sie wirklich auf dasselbe reflektieren sollten.)

Am 6. Februar schreibt Ihnen der Stadtrat, dass er grundsätzlich bereit sei, zum Rückkaufe der von Ihnen gekauften Wirzschen Liegenschaft Hand zu bieten, obschon dieser Platz nach der Ueberzeugung des Rates und der allgemeinen Meinung der Bevölkerung von Luzern zufolge seiner Lage im Zentrum des Fremdenverkehrs als Baustelle für ein Propagandainstitut sich hervorragend eignen würde. Er bemerkt, dass der Rückkauf auf Grund eines Vertrages zu erfolgen habe, in welchem auch auf das neue Projekt Bezug genommen werden müsse und machte die Anregung, Sie möchten das Stiftungskomitee nach Nizza oder Luzern einberufen, damit es mit einem Delegierten des Stadtrates diesen Vertrag berate und feststelle.

Am 9. Februar teilen Sie dem Stadtrat mit, Sie werden, sobald die Witterung besser sei, behufs Ankaufs des neuen Terrains nach Luzern kommen.

(Am 14. Februar schreibt Ihnen Hr. Dr. Fischer wörtlich folgendes:

„Mein Schreiben namens der Familie von Sonnenberg an Sie vom 30. Januar 1906 blieb bis dato von Ihrer Seite unbeantwortet. Ich glaube, daraus entnehmen zu dürfen, dass Sie auf die „Trottliriedliegenschaft" an der Haldenstrasse in Luzern als Bauplatz für das Kriegs- und Friedensmuseum nicht reflektieren. Sollte dem nicht so sein, bitte unbedingt um Ihre Rückäusserung bis spätestens Ende Februar 1906.

„Gleichzeitig bitte ich Sie, mir zuhanden der Familie von Sonnenberg mitteilen zu wollen, wer Ihnen die genannte Trottliriedliegenschaft zu Fr. 10 pro Quadratmeter offeriert hat. Wir entnehmen diese angebliche Offerte aus Tagesblättern. Es würde für uns von grossem Interesse sein, zu wissen, woher diese Offerte stammt. Von der Familie von Sonnenberg kann dieselbe nicht ausgegangen sein, da keine Rede davon ist, dass das genannte Grundstück zu diesem Preise verkäuflich wäre. Es müsste mindestens mit einem Kaufpreise von Fr. 30 pro Quadratmeter gerechnet werden und das nur für den Fall des Verkaufs der ganzen Restparzelle im Masse von zirka 10,000 Quadratmeter.

Hochachtungsvoll!
Namens der Familie von Sonnenberg:
Dr. V. Fischer.")

Am 1. März erfährt der Stadtrat, dass Hr. Dr. Fischer auf sein Schreiben vom 14. Februar keine Antwort erhalten hat und demgemäss annimmt, dass Sie vom Ankauf der Liegenschaft „Trottliried" nichts wissen wollen.

Da damit der von Ihnen geltend gemachte Verzögerungsgrund dahingefallen ist, richtet der Stadtrat unter gleichem Datum das Gesuch an Sie, Sie möchten nun die seit dem 1. Januar fällige erste Rate der Kaufsumme im Betrage von Fr. 100,000 an die Stadtkasse einbezahlen.

Nachdem unser Gesuch vom 1. März ohne Antwort geblieben, machen wir Sie durch Schreiben vom 20. April auf den entscheidenden Termin des 1. Mai aufmerksam, auf welchen zufolge Vertrags die völlige Abzahlung der Kaufsumme stattzufinden hat.

Dies ist die nüchterne, wahrheitsgetreue Darlegung des Sachverhaltes. Wir unterbreiten Sie Ihnen als letzten Appell an Ihren Rechtssinn und Ihre Loyalität.

Möge sie, wenn auch in zwölfter Stunde, die friedliche Schlichtung der Angelegenheit im Sinne des gegebenen Wortes und des Vertrages herbeiführen und uns die Anstrengung eines Prozesses ersparen, der für Ihren Namen und für die Friedenssache, zu deren Vorkämpfern Sie gehören, gleich bedauerlich wäre.

Hochachtungsvoll!

Namens des Stadtrates:
Der Stadtpräsident:...
Der Stadtschreiber:...

H. Bächtold.

——o——

Die Friedensbewegung und die Arbeiter.

Der im September 1905 zu Luzern versammelt gewesene 14. Weltfriedenskongress hatte bekanntlich folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung dessen, dass parallel zu der durch unsere Kongresse vertretenen Friedensbewegung eine Friedensbewegung der Arbeiter besteht, deren Bedeutung mit jedem Tage zunimmt;

in Erwägung dessen, dass diese Bewegung bezweckt, das gleiche Ziel, das wir verfolgen, mit teilweise anderen Methoden und Grundsätzen zu erreichen;

in Erwägung dessen, dass die Zukunft der Friedensbewegung es erheischt, mit dieser Arbeiterbewegung mehr und mehr in Fühlung zu treten,

beschliesst der Kongress die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus folgenden Personen: Green, Perris, Appleton, Miss Robinson (für Grossbritannien); Prudhommeaux, Allégret, Aug. Fabre, P. Quillard (für Frankreich); Umfrid, Fried, Quidde, Hanauer (für Deutschland); Houzeau-Delehaie, La Fontaine (für Belgien); Edwin D. Mead, Miss Mary, E. Hawley (für die Vereinigten Staaten); Frl. J. Backer (für Holland); Henri Morel (für die Schweiz).

Diese Kommission hat die Aufgabe, im Einverständnis mit dem internationalen Friedensbureau in Bern, sich eingehend über die Auffassung der Friedensfrage in der Arbeiterbewegung zu orientieren und diejenigen Punkte herauszuheben, welche unserm Programm einverleibt werden können.

Das Ergebnis dieser Erhebungen und die durch sie veranlassten Beschlüsse bildeten einen Hauptgegenstand der Verhandlungen des internationalen Friedenskongresses (der am 15. September d. J. in Mailand zusammentrat).

In Ausführung dieses Beschlusses wandten sich nun die deutschen Mitglieder der oben erwähnten internationalen Kommission an die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands und Oesterreichs in der Absicht, eine gegenseitige Orientierung herbeizuführen und einen neutralen Boden zu finden, auf dem die Friedensbewegung und die Arbeiterbewegung zusammenarbeiten können.

Den gewerkschaftlichen Organisationen wurde ein Fragebogen folgenden Inhalts vorgelegt.

Fragebogen:

1. Hätte die Arbeiterklasse, ohne Vernachlässigung ihrer eigenen wirtschaftlichen Aufgaben, nicht ein Interesse an der Vermehrung der die Völker untereinander über die bestehenden Grenzen hinweg bereits verbindenden wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen?

(Als Beispiele für Beziehungen solcher Art, die gegenwärtig praktische Bedeutung gewinnen, erwähnen wir nur beiläufig Münz-, Mass- und Gewichtseinheit, gemeinsamen Kampf gegen Epidemien, internationalen Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, Unterdrückung des Mädchenhandels, Ausbildung des internationalen Privatrechts, Schutz des geistigen Eigentums, Schaffung einer internationalen Hilfssprache etc. etc.)

2. Sollten sich die Arbeiter aller Länder nicht den Pazifisten anschliessen, wenn diese von den Regierungen für den Fall eines Krieges verlangen:

a) den Finanzleuten unter strengster Strafe die Beteiligung an Kriegsanleihen der kriegführenden Staaten zu untersagen?

b) auf ihren Gebieten selbst die Ausschreibung von Kriegsanleihen kriegführender Staaten zu versagen?

3. Sollten die Arbeiter aller Länder nicht unermüdlich eine friedliche internationale Intervention zugunsten unterdrückter Völker (russischer Juden, Armenier etc.) fordern?

4. Billigen Sie den internationalen Abschluss von ständigen Schiedsverträgen, die alle entstehenden Streitigkeiten, ohne Einschränkung und Reserve dem Haager Tribunal überweisen?

5. *a)* Billigen Sie die regelmässigen Zusammenkünfte der interparlamentarischen Union, wie die Vermehrung internationaler Kongresse überhaupt, besonders aber der Friedenskongresse? *b)* Wären Sie geneigt, an diesen letzteren sich zu beteiligen?

6. Glauben Sie nicht, dass das organisierte Proletariat einen rücksichtslosen Kampf führen sollte

a) gegen die Finanz- und Handelskonsortien, die die Regierungen zu kolonialen Eroberungen hetzen,

b) gegen die Handels-, Bergwerks- und andere Gesellschaften, die die afrikanischen und asiatischen Kolonien systematisch ausbeuten,

c) gegen das System von Raub und Misshandlung, dem die Eingeborenen in allen Kolonialgebieten unterworfen sind?

7. Sollten die organisierten Arbeiter nicht gemeinsame Sache machen mit jenen Pazifisten, die in ihren Ländern fordern:

a) eine entschieden friedliche Erziehung der Jugend durch Verbesserung des Geistes, der die in den Schulen üblichen Methoden und Bücher beseelt,

b) Gleichheit aller Bürger vor dem Militärdienst,

c) Verminderung der aktiven Dienstzeit,

d) Demokratisierung der Armee, Mannschaftsdienst für alle Offiziersaspiranten, gleiche Behandlung für alle Militärpersonen, Beseitigung der Kriegsgerichte,

e) Verzicht auf die Verwendung der Armee bei friedlichen Streiks und Massenkundgebungen,

f) Beschränkung der Rüstungen und der militärischen Ausgaben, dann deren progressive und gleichzeitige Verminderung in allen Staaten,

g) möglichst baldige Umwandlung der stehenden Heere in rein der Verteidigung gewidmete Volksheere, die weder für Staatsstreiche im Innern, noch für Eroberungskriege nach aussen verwendbar sind?

Die „Friedenswarte“ teilt über die eingelaufenen Antworten u. a. mit:

Das Ergebnis ist ein äusserst befriedigendes. War es doch der Zweck der Enquete, zunächst festzu-